



Detailansicht des Registereintrags

ENGIE Deutschland AG

Aktuell seit 07.01.2026 13:49:57

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer: R000134

Ersteintrag: 22.01.2022

Letzte Änderung: 07.01.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 02.07.2025

Tätigkeitskategorie: Sonstiges Unternehmen

Kontaktdaten: Adresse:

ENGIE Deutschland AG
Ella-Barowsky-Straße 44
10829 Berlin
Deutschland

Telefonnummer: +4930915810

E-Mail-Adressen:

energiepolitik@engie.com

Webseiten:

www.engie-deutschland.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

380.001 bis 390.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,90

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Eric Stab

Funktion: Vorstandsvorsitzender ENGIE Deutschland AG

2. Dr. Frank Hoepner

Funktion: Prokurist

3. Niklas Wiegand

Funktion: Vorstand ENGIE Deutschland AG, Geschäftsführer ENGIE Deutschland GmbH

4. Katrin Fuhrmann

Funktion: Vorständin ENGIE Deutschland AG, Geschäftsführerin ENGIE Energy Management Solutions GmbH

5. Anne Bosser

Funktion: Vorständin ENGIE Deutschland AG, Geschäftsführerin ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. Henrik Maatsch

2. Birte Kempe-Samsami

3. Sabine Hinz

4. Stefanie Behling

5. André Grieser

6. Corinna Grajetzky

7. Natalie Schorr-Erhardt

8. Eric Stab

9. Dr. Frank Hoepner

10. Niklas Wiegand

11. Katrin Fuhrmann

12. Anne Bosser

Mitgliedschaften (55):

1. Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

2. Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V.

3. Bundesindustrieverband Technische Gebäudeausrüstung e.V.

4. German Facility Management Association - Deutscher Verband für Facility Management e.V.

5. Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting e.V. (vedec)

6. Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

7. Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE)

8. Landesverband Erneuerbare Energie Mecklenburg-Vorpommern e.V.

9. Association for Real Estate and Facility Managers e. V. (Real FM)
10. Bundesfachverband der Immobilienverwalter e. V. (BVI)
11. Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V. (BFW)
12. Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)
13. Forum Contracting e.V.
14. Gasgemeinschaft Mitteldeutschland e.V. (GGM)
15. Gesundheitstechnische Gesellschaft e.V. (GG)
16. Immobilienverband Deutschland West (IVD West)
17. Aachen Building Experts
18. Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e.V.
19. Bundesverband Technischer Brandschutz e.V.
20. Deutsche Gesellschaft für Projektmanagement e. V.
21. Deutscher Kälte- und Klimatechnischer Verein e.V.
22. Deutsches Institut für Normung e.V.
23. Fachbetriebsgesellschaft Maschinenbau e.V.
24. Förderverein Gebäude- und Energietechnik an der FH Erfurt e. V.
25. Ges. zur Förderung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Uni Köln e. V.
26. Geschäftsstelle des VDSI - Verband Deutscher Sicherheitsingenieure e.V.
27. Gesellschaft für Umweltsimulation e.V.
28. Gesellschaft von Freunden und Förderern der Technischen Universität Dresden e.V.
29. Gesundheitstechnische Gesellschaft e.V.
30. IG Biogasmotoren e.V.
31. Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung Baden-Württemberg e.V.
32. Interessenverband Grubengas e.V.
33. Kerntechnische Gesellschaft e.V.
34. Kooperationsverbund unabhängiger Messdienstunternehmen e. V.
35. Leipziger Fachkreis Gewerbeimmobilien e. V.
36. Mitgliederverwaltung für das Gastgewerbe Verrechnungsstelle für Mitgliedschaft im Hotelverband Deutschland IHA
37. pro Ruhrgebiet e. V.
38. Unternehmerverband Sachsen e. V.
39. Unternehmerverband Vorpommern e. V.
40. Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie e.V.
41. Verband Deutscher Energiehändler e.V. ehem. Verband Deutscher Gas- und Stromhändler e. V.
42. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e. V.
43. Verein zur Förderung der Ingenieurausbildung der Gebäude- und Energietechnik Dresden e. V.
44. Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin e. V.
45. Weltenergierat Deutschland e.V.
46. Wirtschafts- & Industrievereinigung Stuttgart e.V.
47. Wirtschaftsforum Brandenburg e. V.
48. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
49. Zertifizierung Bau e.V.
50. Marktoffensive Erneuerbare Energien (DENA)
51. Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (BNE)

52. dena Biogaspartner
53. Bundesverband Energiespeicher Systeme e.V (BVES)
54. VKU-Förderverein
55. e-Mobility Deutschland e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Bauwesen und Bauwirtschaft; Stadtentwicklung; Wohnen; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Engie Deutschland führt regelmäßige Gespräche mit verschiedenen Bundesministerien und Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die sich auf energiewirtschaftliche Themen konzentrieren. Diese Dialoge zielen darauf ab, spezifische Anpassungsbedarfe zu erörtern, die für die unternehmerischen Aktivitäten in der Energiebranche und die Beschäftigungssituation im Unternehmen von zentraler Bedeutung sind. Themen wie die Sicherung der Energieversorgung, die Rolle von Biomethan im Energiemix, der Ausbau erneuerbarer Energien und Stromspeicher, Energieeffizienz-Fragen sowie die Wärmewende spielen eine zentrale Rolle. Ziel dieser Interessenvertretung ist es, praktische Einblicke (z.B. durch Vor-Ort-Besichtigungen) zu bieten und gezielte Vorschläge zur Verbesserung der energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu unterbreiten. Auch die Erstellung und Übermittlung von Stellungnahmen und Hintergrundinformationen zu energierelevanten Gesetzesvorhaben gehört zu den Aktivitäten des Unternehmens im Bereich Interessenvertretung.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Kraftwerksstrategie und Kapazitätsmechanismen - gesicherte Leistung für den Strommarkt

Beschreibung:

ENGIE setzt sich für die Einführung eines zentralen Kapazitätsmarktes (ZKM) in Deutschland ein. Ein ZKM mit wettbewerblichen Ausschreibungen gewährleistet ausreichend Investitionen in neue steuerbare Kapazitäten. Ein ZKM ermöglicht langfristige Vergütungsverträge und gewährleistet einen transparenten und wettbewerbsorientierten Preisbildungsprozess, der wiederum den Markteintritt kleiner, neuer und innovativer Akteure begünstigt. Gleichzeitig müssen auch bestehende Kapazitäten angemessen in einem Kapazitätsmechanismus berücksichtigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2409300233** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. **SG2412290001** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

3. **SG2412290003** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

2. Festlegung eines ambitionierten nationalen Biomethan-Ausbauziels

Beschreibung:

Festlegung eines Ausbauziels für die Biomethanerzeugung für 2030 (und darüber hinaus), an dem sich der Förder- und Regulierungsrahmen fortan ausrichtet sowie Investoren orientieren können.

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2412290002** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT) [alle SG dorthin]

2. SG2506270058 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. Sicherstellung der privilegierten Einspeisung von Biomethan in das Gasnetz

Beschreibung:

Möglichst umfängliche Beibehaltung der Verpflichtung der Netzbetreiber, Biomethananlagen ans Gasverteilernetz anzuschließen, sowie der Deckelung der Netzzanschlusskosten für Biomethananlagenbetreiber. Höhere Kostenbeteiligungen müssen mit der Möglichkeit höherer Erlöse gekoppelt sein.

Betroffenes geltendes Recht:

GasNZV 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2511250002 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.11.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. Vereinfachung und Standardisierung des Zertifizierungssystems für Biomethan

Beschreibung:

Das Zertifizierungssystem für Biomethan sollte vereinfacht und vereinheitlicht werden, etwa durch Zusammenführung einzelner Register bzw. einem verbesserten Datenaustausch, um bürokratische Hürden abzubauen, den (grenzüberschreitenden) Handel und die Anwendung in den unterschiedlichen Sektoren zu vereinfachen.

Betroffenes geltendes Recht:

BioSt-NachV 2021 [alle RV hierzu]; GEG [alle RV hierzu]; Biokraft-NachV 2021 [alle RV hierzu]; GWKHV [alle RV hierzu]; HkNRG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

5. Anpassung des Erbrechts in Bezug auf PV-Freiflächen

Beschreibung:

Alle PV-Freiflächen sind beim Erbrecht analog der Agri-PV zu begünstigen und somit dem landwirtschaftlichen Betriebsvermögen zuzuordnen, damit die drohende Erbschaftsteuerlast den Solarausbau nicht weiter hemmt.

Betroffenes geltendes Recht:

ErbStG 1974 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2406240289** ([PDF - 1 Seite](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 14.06.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Umsetzung der Stromspeicher-Strategie erforderlich

Beschreibung:

Etablierung eines investitionsfreundlichen regulatorischen Marktumfeldes und Abbau regulatorischer Hemmnisse; Schaffung einer uniformen und transparenten Entgeltstruktur für Netzanschluss und -nutzung sowie Abschaffung der Markteintrittshürden in Systemdienstleistungsmärkte. So sind z.B. für Stromspeicher wie Pumpspeicherkraftwerke Opportunitätskosten bei der marktgestützten Beschaffung von Schwarzstartfähigkeit nach EnWG § 12h Abs. 1 Nr. 5 zu berücksichtigen.

Betroffenes geltendes Recht:

EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

7. Stärkung der kommunalen Wärmeplanung durch Abbau von widersprüchlichen Förderanreizen

Beschreibung:

Für eine erfolgreiche und kosteneffiziente Wärmewende sind Fördermittel besser mit der kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen. Fehlanreize, die insgesamt höhere volkswirtschaftliche Kosten verursachen, sind dringend zu vermeiden. Wärmepumpen sind dort nicht zu fördern, wo eine Erweiterung des Fernwärmennetzes sinnvoll ist. Dekarbonisierungslösungen, die im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung identifiziert werden, müssen dann für die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger verbindlich sein.

Betroffenes geltendes Recht:

WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

8. Wärmewende ermöglichen durch Änderung von § 556 c Abs. 1 BGB oder der Wärmelieferverordnung in Bezug auf die Ermittlung der Kostenneutralität

Beschreibung:

Steigende Wärmekosten als Betriebskosten für Mieter sind nach § 556c BGB nicht zulässig. Auch die Wärmelieferverordnung erlaubt nach einer Umstellung auf Wärmelieferung aus einem Wärmenetz oder aus einer dezentralen Anlage die Umlage der resultierenden Kosten nur dann, wenn die Kostenneutralität für die Mieter gewährleistet ist. Nach den derzeit geltenden Vorschriften zur Ermittlung der Kostenneutralität lässt sich diese meist nicht erreichen. Das behindert neue Anschlüsse an dekarbonisierte Nah- und Wärmenetze. Hier ist nun entweder die Streichung oder Änderung von § 556 c Abs. 1 BGB oder eine Änderung der Vorschriften zur Ermittlung der Kostenneutralität in der Wärmelieferverordnung dringend erforderlich.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]; WärmeLV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

9. Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ermöglichen - Pragmatisches Vorgehen bei der Definition von H2

Beschreibung:

Die delegierten Rechtsakte (delegated acts) der Europäischen Kommission zur Definition von Wasserstoff sollten so ausgestaltet werden, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gelingen kann. Bei dem delegierten Rechtsakt zu Wasserstoff auf Basis von Erneuerbarem Strom (RFNBOs) sollten Intermediäre zugelassen werden. Es ist marktübliche Praxis, dass Akteure Strom aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen ankaufen (PPAs), die aber nicht unbedingt selbst einen Elektrolyseur betreiben. Sie fungieren als Intermediäre. Für Wasserstoff mit niedrigem CO2-Gehalt (low-carbon hydrogen) ist für den Markthochlauf ebenfalls eine pragmatische Definition dringend erforderlich.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

- 1. SG2409300155 (PDF - 3 Seiten)**

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundesregierung

10. Weiterentwicklung Netzentgeltsystematik

Beschreibung:

Die Netzentgeltsystematik muss im Rahmen der Energiewende weiterentwickelt werden. Dabei müssen Fairness und Zukunftsfähigkeit im Vordergrund stehen.

Betroffenes geltendes Recht:

StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]

11. Einführung einer Grüngasquote

Beschreibung:

Engie befürwortet die Einführung einer Grüngasquote, um die Gasversorgung pragmatisch, effektiv und entlang eines verlässlichen Pfades zu dekarbonisieren. Biomethan spielt dabei als Erfüllungsoption eine zentrale Rolle.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2509300143 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 15.09.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Versendet am 02.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2512190088 (PDF - 24 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.12.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

12. PPAs als Teil eines funktionierenden Strommarktsystems stärken

Beschreibung:

Bei einer deutschen Umsetzung der Richtlinien der geänderten EU-Beihilfeleitlinien (Clean Industrial Deal State Aid Framework (CISAF)) sind die Auswirkungen auf den Strommarkt und insbesondere auf das Geschäft der langfristigen Strombezugsverträgen (Power Purchase Agreements (PPA)) von entscheidender Bedeutung. PPAs sollten daher als mögliche Dekarbonisierungsoption für Unternehmen, die eine Förderung ihrer Energiepreise nach CISAF-Regeln erhalten, integriert werden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2509300150 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (3):

1. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Bundesförderung für Energieeffizienz in der Wirtschaft - Zuschuss (EEW)

2. **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Bundesförderung für effiziente Gebäude - Teilprogramm Einzelmaßnahmen (BEG EM)

3. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Eschborn

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Bundesförderung effiziente Gebäude - Einzelmaßnahmen (BEG EM)

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[ENGIE-Deutschland-AG_JAP_31-12-2024_TE-Final_25-000042.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[ENGIE_ETHICS-CODE-OF-CONDUCT_DE_.pdf](#)